Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/4657

01. 06. 89

Entschließungsantrag
der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

zur Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung zum NATO-Gipfel am 29./30. Mai 1989 in Brüssel

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag begrüßt das von den Staats- und Regierungschefs der NATO am 29. und 30. Mai 1989 verabschiedete „Gesamtkonzept für Rüstungskontrolle und Abrüstung" und den vom amerikanischen Präsidenten George Bush unterbreiteten und vom Bündnis angenommenen Vorschlag zur Abrüstung bei den konventionellen Streitkräften sowie die Erklärung der Staats- und Regierungschefs zum 40. Jahrestag der Gründung des Nordatlantik-Paktes. Der Deutsche Bundestag ist der Auffassung, daß damit deutlich die Aussichten verbessert werden, durch weitreichende Abrüstung ein stabiles und sicheres Gleichgewicht auf niedrigerem Niveau zu schaffen und zu dauerhaftem Frieden zu kommen.

   Die widernatürliche Teilung Europas, Deutschlands und Berlins muß überwunden werden. Der Deutsche Bundestag teilt die Auffassung der Staats- und Regierungschefs, daß die Lage in und um Berlin ein wesentliches Element der West-Ost-Beziehungen ist. Der Deutsche Bundestag begrüßt das Bekenntnis der Allianz zu ihrer Verpflichtung für ein freies und gedeihendes Berlin und zur Erzielung von Verbesserungen für die Stadt besonders durch die alliierte Berlin-Initiative. Unser Ziel ist ein Zustand des Friedens in Europa, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt.

2. Der Deutsche Bundestag begrüßt, daß es der Bundesregierung gelungen ist, sich mit den Bündnispartnern auf die frühestmögliche Aufnahme von Verhandlungen zu einigen, um eine teilweise Reduzierung amerikanischer und sowjetischer landgestützter nuklearer Flugkörpersysteme kürzerer Reichweite auf ein gleiches und verifizierbares Niveau zu erreichen.

3. Der Deutsche Bundestag stellt fest, daß es für die absehbare Zukunft keine Alternative für die Bündnisstrategie der Kriegsverhinderung gibt, welche auf einer geeigneten Zusammensetzung angemessener und wirksamer nuklearer und konventio-

neller Streitkräfte beruht, die weiterhin auf dem gebotenen Stand gehalten werden, wo dies erforderlich ist. Bei den nuklearen Streitkräften sind unter den gegebenen Umständen und soweit voraussehbar land-, luft- und seegestützte Systeme einschließlich bodengestützter Flugkörper auch in Europa notwendig.

Der Deutsche Bundestag begrüßt in diesem Zusammenhang die Verpflichtung der Bündnispartner, nur die zur Unterstützung der NATO-Kriegsverhinderungsstrategie erforderliche Mindestzahl an Kernwaffen bereitzuhalten. Der Deutsche Bundestag teilt die Auffassung des Bündnisses, daß die Frage der Einführung und Stationierung eines Folgesystems für die LANCE 1992 im Lichte der sicherheitspolitischen Gesamtentwicklung zu behandeln sein wird.

4. Der Deutsche Bundestag unterstützt die Bestrebungen des Bündnisses, aufgrund der Abrüstungsinitiative des amerikanischen Präsidenten Bush bei den Wiener Verhandlungen über die konventionellen Streitkräfte in Europa bereits innerhalb von 6 bis 12 Monaten ein Abkommen zu erreichen und die darin vereinbarten Reduzierungen bis 1992/1993 abzuschließen. Der Deutsche Bundestag fordert deshalb die Bundesregierung auf, alle Anstrengungen zu unternehmen, damit ein Abkommen über konventionelle Streitkräftereduzierungen erarbeitet wird, das dem Ziel dient, ein stabiles und sicheres Gleichgewicht auf niedrigerem Niveau zu schaffen und die Fähigkeit zur Auslösung von Überraschungsangriffen und zur Einleitung großangelegter offensiver Handlungen zu beseitigen.

5. Der Deutsche Bundestag fordert die Sowjetunion und die Staaten des Warschauer Paktes auf, konstruktiv auf diese westliche Abrüstungsinitiative zu reagieren und damit unter Beweis zu stellen, daß sie tatsächlich zu den notwendigen militärischen und damit auch politischen Veränderungen in Europa bereit sind. Der Deutsche Bundestag erwartet deshalb von der Sowjetunion und den Staaten des Warschauer Vertrages, daß auch sie ihrerseits alles unternehmen werden, um den Prozeß bei den Wiener Verhandlungen über die konventionellen Streitkräfte in Europa zu beschleunigen.

6. Der Deutsche Bundestag begrüßt die vom sowjetischen Generalsekretär Gorbatschow erklärte Bereitschaft, einseitig 500 Sprengköpfe nuklearer Kurzstreckenwaffen vom Territorium ihrer Verbündeten abzuziehen und er erwartet, daß diese Waffen vollständig vernichtet werden. Aber angesichts der dann immer noch gewaltigen Überlegenheit des Warschauer Paktes insbesondere bei den nuklearen Flugkörpersystemen kürzerer Reichweite fordert der Deutsche Bundestag die Sowjetunion auf, ihre Flugkörpersysteme kürzerer Reichweite einseitig auf den derzeitigen Stand der NATO zu verringern. Dies würde Verhandlungen über diese Systeme, wie sie das Bündnis anstrebt, erleichtern. Der Deutsche Bundestag erinnert in diesem Zusammenhang daran, daß die NATO bereits seit 1979 einseitig 2400 nukleare Kurzstreckenwaffen abgerüstet und damit

um mehr als ein Drittel auf den niedrigsten Stand seit 20 Jahren verringert hat.

7. Der Deutsche Bundestag ist der Auffassung, daß das schnelle Erzielen von Verhandlungsergebnissen auf der Grundlage des NATO-Vorschlags mit sofortiger Implementierung den Ost-West-Dialog außerordentlich intensivieren und das Vertrauen vertiefen wird. Die Beachtung der Menschenrechte in allen KSZE-Staaten wird die Zusammenarbeit weiter verbessern. Der Deutsche Bundestag begrüßt, daß das Bündnis seine eigenen Anstrengungen verstärken wird, die Trennung Europas zu überwinden und alle bestehenden Möglichkeiten der Zusammenarbeit und des Dialogs auszuschöpfen. Der Deutsche Bundestag unterstützt deshalb die Bundesregierung in ihrer Bereitschaft, den Reformprozeß in den Staaten des Warschauer Vertrages durch eine zukunftsgewandte Politik des Dialogs und der Zusammenarbeit abzustützen.

Bonn, den 1. Juni 1989

Dr. Dregger, Dr. Bötsch und Fraktion

Mischnick und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333